

Erzähler vom Westermwald

Hachenerberger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westermwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
„Zentraler Sonntagsblatt“.
Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 57

Erscheint an allen Werktagen.
Preis: 1.80 M. (ohne Briefporto)
monatlich 60 Bg. (ohne Briefporto)

Hachenburg Donnerstag den 8. März 1917.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsspaltige Zeile oder deren
Raum 15 Bg., die Reklamezeile 40 Bg.

9. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

8. März. Englische Angriffe bei Douchavesnes brechen ab. Die Russen werden bei einem nördlichen Vorstoß gegen deutsche Stellungen bei Grazan und einem Angriff auf deutsch-österreichische Gräben in den Südlavathen gestoppt.

Ein kleiner Staatsstreich.

Der Wilson hat keinen Kriegswillen einstweilen doch die Rufe durchdringen können. Das Repräsentantenhaus hat ihm die heftig begehrtene Vollmacht zwar bald zugestimmt, als der Präsident in entscheidendem Moment mit dem mexikanischen Völkchen heraustratete; der Senat war nicht so leicht über den Haufen zu werfen, und einigen entschlossenen Männern dieser Kammer gelang es, die Verhinderung so lange zu verschieben, bis das Mandat des Kongresses glücklich abgelehnt war. In ihrer Spitze stand sich der im ganzen hochangesehene Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Herr Stone, der sich in früheren Stadien des deutsch-amerikanischen Streites schon wiederholt als ein Muster von Besonnenheit und Gewissenhaftigkeit bewährt hat. Er war es, den Wilson an erster Stelle immer zurate zog, als er das Bedürfnis empfand, sich mit der Volksmeinung über seine Haltung zu den europäischen Kriegen ins Einvernehmen zu setzen, mit seiner Unterstützung suchte er sich zu decken, sobald es sich um ein heißes Eisen anzufassen, an dem man sich schließlich doch vielleicht die Finger verbrennen konnte. Und jetzt legt die Verlegenheit für Herrn Wilson, gerade am Mann an der Spitze der Opposition zu stehen. Wie ihm sein Schicksal lebhaft nachfühlen, haben aber die unendliche Gewissenhaftigkeit, die er schon Mittel und Wege sucht, um zunächst einmal die Herren Stone und Wilson nach bewährter angelsächsischer Art niederzubiegen, und dann kommen wir an die Reihe.

Der Präsident ist auch schon auf dem besten Wege zu dem nächsten, dem innerpolitischen Ziel. Er wendet sich, indem das Mandat des alten Kongresses erloschen, mit der Erklärung an das amerikanische Volk, in der er mitteilt, daß er keine Vollmacht besitzt, um Handelsverträge zu schließen oder andere Schritte zu tun um der deutschen Seefahrt zu begegnen, weil der Kongress ihn nicht ermächtigt habe. Eine außerordentliche Sitzung des Kongresses einzuberufen sei aber so zwecklos, als der Senat die jetzige Geschäftsordnung besitzt, die einer kleinen Minderheit eine überwältigende Mehrheit im Schach zu halten, und regt der Präsident zunächst die Abänderung dieser Geschäftsordnung an und läßt zu diesem Zwecke den Kongress zu einer besonderen Session wieder zusammentreten; sollen ihm dann die Mittel bewilligt werden, die nötig sind, um eine Katastrophe für das Land abzuwenden. Wilson will also zunächst einmal einen kleinen Staatsstreich im eigenen Lande entfesseln, ehe er zu dem großen Kampf gegen die Mittelmächte vom Leder zieht. Die Geschäftsordnung parlamentarischer Körperschaften ist nicht so geheiligtes Verbotnis wie die Verfassung, und sie ist dazu bestimmt, die Volksrechte zu wahren, gerade in demokratisch regierten Ländern, wo der Wechsel der Parteiverhältnisse zumeist auch neue Machtverhältnisse zur Folge hat, pflegt die einmal vereinbarte Geschäftsordnung aus guten Gründen als unantastbar respektiert zu werden. Und man sollte meinen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Fülle seiner Machtstellung, die in demokratischen Ländern, selbst in Rußland mit eingeschloffen, unerschöpflichen hat, nicht noch auf Kosten der Rechte der amerikanischen Volksvertretung zu erweitern brauchte. Herr Wilson sieht nur ein Ziel, und merkt ihn auf dem Wege dazu hindern will, muß fortgerannt werden. Er vertritt es mit einem kleinen Staatsstreich gegen die Geschäftsordnung. Eine nette Mitgabe für den Senat nach seiner neuen Amtsperiode. Ob freilich der Senat nach seiner Weise tanzen wird, ist noch durchaus ungewiß; einstweilen ist Zeit zum Nachdenken gewonnen, der man vielleicht auch außerhalb des Kongresses Gebrauch machen wird.

An Stoff dazu würde es nicht fehlen. Eben gibt die amerikanische Regierung ihre Antwort auf die neue Anfrage aus Washington bekannt, wie man an der Antwort über den ungeheuren U-Boot-Krieg denke. Sie ist nicht etwa in der Gegenfrage danach, was man im eigenen Lande zu den händigen Erdrutschen im Panama-Kanal oder zu dem Neuaufstehen von Sonnenflecken oder der ungemessenen Fortschrittlichkeit dieses Winters sage. Der amerikanische Staatsminister, Herr L. u. L. Minister für auswärtige Angelegenheiten, erzählt Herrn Wilson zum heutigen Male, was er von Deutschland schon neunmal gehört hat, daß die Mittelmächte zwei volle Jahre geögert haben, ehe sie auf die sogenannte englische Forderung mit gleichen Gegenmaßnahmen erwiderten, daß

diese nicht gegen die Neutralen, sondern gegen die Vertragspartner der Meeresfreiheit richteten, daß die Neutralen aber durch rechtzeitige Bekanntgabe der Seewerre hinreichend gewarnt seien. Wenn sie das nicht gelten lassen wollten, so würden sie ja das Recht in Anspruch nehmen, sich in die militärischen Operationen der Kriegführenden einzumischen und sich sogar zum Richter darüber auszuweisen, welche Kriegsmittel gegen den Feind in Anwendung gebracht werden dürften. Was wirklich not tut, sei Warnung und Belehrung der amerikanischen Staatsbürger durch ihre Regierung; und wenn diese daran denke, ihre Handelsverträge zu bewahren, so wird darauf nur erwidert, daß kein Staat die Pflichten der Menschlichkeit gegen die beseelten Verteidiger des Vaterlandes niedriger einschätzen könne als die Pflichten gegen die Angehörigen fremder Mächte. Im übrigen wird noch darauf hingewiesen, daß die Bedrohung amerikanischer Interessen in der Adria und im Mittelmeer, wo allein österreichisch-ungarische Landboote zu operieren berufen seien, wohl nicht allzu tragisch zu nehmen wäre. Und dann: Gott beschütze, Herr Wilson!

Wie gesagt, das alles wäre jetzt noch einmal zu überlegen, ehe man damit beginnt, dem Präsidenten zu Liebe die amerikanische Verfassung so ein bißchen umzuwälzen. Sonst könnte aus dem „Freistaat“, der den Beruf in sich trägt, die ganze Welt mit seinen Freiheiten zu beglücken, aller kurz oder lang ein Staatsgebilde sich entwickeln, das allenfalls noch den Vergleich mit dem Lande des Saren, aushält. Wer aber würde dann noch für amerikanische Zustände schwärmen?

Wilson verlangt freie Hä. de.

Der Präsident beklagte in seiner Botschaft an das Land, daß die seiner Einmischungspolitik widerstrebenden Senatsmitglieder durch keine Regeln gezwungen werden können, ihren Einspruch aufzugeben und die Verhandlungen zu beenden. Der Senat der Vereinigten Staaten sei weiter nichts als eine gesetzgebende Körperschaft, die nicht handeln könne, wenn auch ihre Mehrheit zum Handeln bereit sei. Eine kleine Gruppe willensstarker Männer, die einzig ihre eigene Meinung vertreten, hätten die große Regierung der Vereinigten Staaten hilflos und verächtlich gemacht. Deshalb müsse die bisherige Bestimmung, daß Einstimmigkeit durch die Führer des Senats herbeigeführt werden muß, geändert werden.

Ferner verlangt Wilson in einer weiteren Veröffentlichung Änderung des bisher geltenden Gesetzes von 1814. Dieses Gesetz regelte den Widerstand amerikanischer Handelschiffe gegen Kaperchiffe und Seeräuber. Das Gesetz schließt aber den Widerstand aus, wenn sie von einem staatlichen bewaffneten Schiff einer Nation, die mit den Vereinigten Staaten in Freundschaft ist, angegriffen werden. Tatsächlich ist aber Deutschland nicht im Krieg mit den Vereinigten Staaten und die Unterseeboote sind bewaffnete dem Staat gehörende Schiffe Deutschlands. Auch dieses Hindernis will der Präsident beseitigt wissen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Im Hauptausdruck des Reichstages äußerte sich Staatssekretär Zimmermann über das Mexiko-Gundnis: Daß wir uns für den Fall des Ausbruchs des Krieges mit Amerika nach Bundesgenossen umsehen hätten, sei eine natürliche und berechnete Vorsorge, über die man sich am allerwenigsten in Amerika aufregen dürfte. Er bedauere es auch nicht, daß durch die amerikanische Veröffentlichung die Instruktion auch in Japan bekannt geworden sei. Für die Beförderung der Instruktion sei der sicherste Weg gewählt worden, der zurzeit zur Verfügung gestanden habe. Wie die Amerikaner in den Besitz des Textes gekommen seien, der mit einer ganz geheimen Schiffe nach Washington gegangen sei, darüber fehlt uns noch alle Kenntnis.

Während die erste Dumaabgung verhältnismäßig ruhig verliefen war, kam es in der zweiten zu äußerst heftigen Angriffen gegen die Regierung. Der Redaktionsführer Wilschowski sagte, hinter der Duma liege das ganze russische Volk, hinter der Regierung jedoch nur die bürokratische Elite, deshalb müßten alle Maßnahmen der Regierung, die innere Lage Rußlands sei oerwiesener denn je zuvor. Die Duma wünsche mit der Regierung keinen Frieden zu schließen, sondern wolle den Widerstand der Regierung überwinden. Die Unfähigkeit der Regierung, die Lösung der Finanz- und Lebensmittelfürsorgefragen zu übernehmen, sei erwiesen, das Volk müsse diese Fragen lösen. Der Führer der Arbeitergruppe Lewenski warf der Regierung vor, daß sie das gesamte russische Wirtschaftsleben vernichtet habe. Einseitig sei es von Eroberung Konstantinopels und der Veränderung der Karte von Europa zu sprechen, wenn die Regierung nicht einmal imstande sei, das eigene Land zu verteidigen. Weiters Worte zu vergeuden, sei jetzt keine Zeit mehr, man müsse mit Taten den Abbruch des blutigen Krieges vorbereiten.

Staatssekretär Dr. Helfrich sprach sich im Hauptausdruck des Reichstages gegen eine Teilung des Reichs aus, die auch jetzt wieder, wie so häufig schon, vorgebracht wurde. Die Nachteile überwiegen die Vorteile bedeutend, möge es sich nun um die Abtrennung eines Reichshandelsamts, eines Außenhandelsamts oder eines Reichswirtschaftsamts handeln. Auch der größte Arbeitsbetrieb könne einheitlich von einer Spitze geleitet werden, wenn Organisation und Personenbelegung zweckentsprechend und ausreichend sei. Nach dem Kriege würden gewisse organisatorische Reformen und Verchiebungen im Reichsamte des Innern nötig sein; der Staatssekretär werde mehr als bisher von laufenden und kleineren Arbeiten entlastet werden müssen. Der Vorbereitung dieser inneren Reform diene die Anforderung des zweiten Unterstaatssekretärs.

Frankreich.

Mit der sozialistischen Internationale, die immer wieder von deutschen Sozialisten angestrebt wird, wird es anscheinend noch lange hupern. Der Nationalrat der französischen Sozialistenpartei erklärte sich gegen eine sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen. Die russische sozialistische Partei hatte diese in einem Schriftstück gefordert, das verlesen wurde. Aber wie sofort mitgeteilt wurde, würden sich die englischen Sozialisten weigern, an einer gemeinsamen Konferenz mit Genossen aus feindlichen Ländern teilzunehmen. Am Schluß der Sitzung kam es zu heftigen Vorfällen. Die Ordnung in der Debatte hörte mehr und mehr auf; dies benutzte eine große Anzahl junger Leute, die sich Einlaß in den Sitzungssaal erzwingen hatten, die Sitzung zu unterbrechen; Fensterhebeln wurden eingeschlagen. Der Tumult war derart, daß die Delegierten den Saal verlassen mußten.

Rußland.

Die mit so großem Lärm angekündigte Verhandlungskonferenz in Petersburg ist beendet, ohne daß irgendwelche anderen Ergebnisse erzielt worden, als die Versicherung zwischen unseren Feinden merktlich zu vergrößern. Ein antilich russischer Nachruf muß zu ziemlich nichtslagenden Redensarten greifen, um ihr wenigstens einige Vorber in den Abschiedsraum zu winden. Sie hätte nach Mitteln gefordert, um alle Kräfte der Verbündeten durch immer engerer Vereinnahmung ihrer Dispositionen aller Art auszunutzen, und werde in wirksam dazu beizutragen haben, auf allen Fronten durch Einschlebung des Feindes möglichst günstige Bedingungen für den Kampf vorzubereiten und die Stunde des Sieges schneller herbeizuführen. In eingeweihten Kreisen weiß man aber, daß man von einer Einheit im Verbände auch jetzt so fern ist wie nach den Konferenzen in Paris und Rom. Die Petersburger Zusammenkunft hat vielmehr die Kluft zwischen der russischen Regierung und dem englischen Zwillingen nur vertieft helfen.

Schweden.

König Gustaf hat ein Mädrtritsgebuch des Rabinetts Hammarfjöld abgelehnt und im Ministerrat seinen festen Willen zur Weiterführung der bisherigen unparteiischen Neutralitätspolitik Schwedens kundgegeben. Er sprach sein volles Vertrauen zu seinen gegenwärtigen Ratgebern aus, deren Präsident, der konservative Hammarfjöld, den nach England und Frankreich neigenden Liberalen und Sozialisten unbedeutend war. Die Regierung hatte 90 Millionen Kronen zum Schutz und Ausbau der schwedischen Neutralität gefordert, die Linke strich davon gegen eine nur 16 Stimmen betragende Minderheit 20 Millionen. Sie hoffte, Hammarfjöld zu stürzen und die Macht in die Hände des ihr genehmen Außenministers Wallenberg zu spielen. An dem festen Willen des Königs ist der Plan gescheitert, Hammarfjöld bleibt. Aber auch auf der Linken befindet man sich, daß man ein gefährliches Spiel treibt, wenn man die Verteidigung und Sicherheit des Landes entblößt. Zahlreiche Austrittserklärungen aus der liberalen und sozialistischen Partei beweisen das. Man glaubt, daß ein Kompromiß geschaffen werden wird oder eine Reichstagsauflösung in Frage steht.

Aus In- und Ausland.

Königsberg, 6. März. Der preussische Ernährungsminister Unterstaatssekretär Michaelis trat hier ein um über die Ernährungsverhältnisse Ostpreußens Berichterstattung mit den zuständigen Behörden abzugeben.

Madrid, 6. März. In politischen Kreisen verlautet, daß der frühere amerikanische Votschalter in Berlin, Gerard, ein Sandstreben des Königs Wilson an Wilson mit sich führe.

London, 6. März. Im Februar, dem ersten Monat der freiwilligen Nationierung ist der Fleischverbrauch in London um 25,9 Prozent heruntergegangen.

Washington, 6. März. Der mexikanische Minister des Außen stellte antlich in Abrede, daß der mexikanischen Regierung Bündnisvorschlüge seitens Deutschlands zugegangen seien.

Wilson in der Zwickmühle.

Die zweideutige Haltung des Präsidenten Wilson, der nach der treffenden Charakterisierung eines Pariser Blattes in der einen Hand Rants Traktat vom ewigen Frieden,

find noch nicht bekannt. Der Knall war so hart, dass er 16 Kilometer im Umkreis gehört wurde.

Stockholm, 5. März. Das kaiserliche Neue Theater in Moskau ist bis auf die Grundmauern niedergebrennt. Der Schaden wird auf über 1 Million Rubel geschätzt.

Bunte Zeitung.

Eine Zusammenstellung einiger Verordnungen des preussischen Staatshaushalts bringt die Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins; wir lassen ein paar Bröckchen folgen: Altmaterialein = Abfälle; Amortisation = Tilgung; Apanage = Jahrgeld; Autorhonorar = Schriftlohn; Depotgebühren = Verwahrgebühren; Dispositionsfonds = zur Verfügung für; Dividende = Anteil; Dokumente = Verschreibungen, Urkunden; emeritiert = außer Dienst, verabschiedet, im Ruhestand; Formular = Vordruck; Insignien = Abzeichen; Interesse = Beachtung verdienen; Jodel = Rummel; Kandidaten = Beisitzer, Bewerber; Karenzzeit = Wartezeit; kultiviert = angebaut; Unterrichtsfürsorge = Lehrgänge; Laboratorium = Versuchsaum, Werkstatt, Forschungsbüro; Materialien = Rohstoffe; Medikamente = Heilmittel; Militärpersonen = Seeresangehörige; Pension = Ruhegehalt; Pensionat = Schülerheim; Prozent = vom Hundert (abgeleitet: a. H.); Qualität = Eigenschaft, Beschaffenheit; Güte; Quarantäne = Schutzverre; Ratz

— Lirag, Teilbetrag; Redaktion = Schriftleitung; Reklamt = Geschäftsbereich; Rezept = Arzneivorschrift; Session = Tagung; Terminbandel = Beilegeschäfte; Zentralheizung = Sammelheizung.

Eine englische Richterpenfion. In einer Zeit, wo in England gar sehr mit dem Gelde gerechnet werden muß, liest ein Londoner Finanzblatt mit der Enthüllung hervor, daß ein Gerichtsbeamter, der kürzlich in den Ruhestand getreten ist, jede Woche 765 Mark Pension erhalte; diesen Betrag müßten natürlich die Steuerzahler aufbringen. Das Blatt nennt es einen unerhörten Skandal, daß bei all den Schwierigkeiten, mit denen das Land gegenwärtig zu kämpfen habe, einem Richter jährlich rund 7000 Mark Pension gezahlt werden. Der Mann, der in den letzten zehn Jahren von seinem Gehalt mindestens 20000 Mark gespart haben könnte, lebe jetzt von dem Schweiß und Blut der armen Bürger, die den vierten Teil ihres Einkommens opfern müßten, um dem Staat in seinen Ausgaben zu helfen.

Das deutsche Rennpferd „Joffe“. Mit großer Schärfe wendet sich die Zeitschrift „Deutsches Schach“ gegen ein deutsches Gestüt, das einen seiner Jährlinge „Joffe“ genannt hat. Man stelle sich — schreibt sie — etwa folgenden Rennbericht vor: „Gleich beim Anlauf ließ Joffe Briesterwald und Grenzwehr weit hinter sich und fertigte dann Hindenburg und Madamen müde ab.“

Im übrigen soll das „Joffe“ genannte Pferd unheimlich fein und nicht gerade zu hohen Erwartungen berechtigen; allerdings ist auch das Rennpferd „Stambul“ bisher nicht als „große Kanone“ hervorgetreten.

Landwirts Merkbuch.

Gegen Kraut- und Knollenfäule der Kartoffel. Die Fäule der Kartoffel, die im vergangenen Jahre unsere Kartoffeln besonders schwer geschädigt hat, ist die durch den Pilz *Phytophthora infestans* hervorgerufene Kraut- und Knollenfäule. Das Fäulen von der Knollenfäule Biologischen Anstalt herausgegebene Flugblatt Nr. 61, bearbeitet vom Geheimen Regierungsrat Dr. Appel enthält Näheres über den Verlauf dieser Krankheit sowie über die Mittel, die es ermöglichen, dem weiteren Ausbreiten der Krankheit noch möglichst entgegenzuwirken. Da dabei die Art der Einwinterung eine besondere Bedeutung hat, sei auch auf das Flugblatt Nr. 15 von demselben Biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft zu Berlin-Dahlem (Berlin-Steglitz) unentgeltlich zu beziehen; das Flugblatt kann von derselben Stelle zu ermäßigtem Preise (100 Bogen für 5 Pfennig) oder einzeln für 5 Pfennig bezogen werden.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzl in Hachenburg.

Wichtig für Hilfsdienstpflichtige.

Hilfsdienstpflichtige, d. h. sämtliche männliche Personen zwischen 17 und 60 Jahren, soweit sie nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen sind, haben sich im Falle freiwilliger Meldung an die Hilfsdienstmeldestelle des Kreisamtes in Hachenburg a. d. L. zu wenden. Auch weibliche Personen, die eine Stelle suchen, um entweder eine Militärperson freizumachen oder in kriegswirtschaftlichen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft tätig zu werden, können ihre Meldung bei der genannten Stelle einreichen.

Meldesachen sind bei jeder Ortspolizeibehörde erhältlich. Für eine freiwillige Meldung zum Vaterländischen Hilfsdienst kommen nicht in Betracht die Personen, deren gegenwärtige Beschäftigung als vaterländischer Hilfsdienst gilt, d. h. Personen, die bei Behörden, öffentlichen Einrichtungen, in der Kriegswirtschaft, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksernährung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

Diejenigen Personen, welche nach der letzten Viehzählung im Besitze von 10 und mehr Hühnern sind und bereit sind, regelmäßig Eier an die Eierammelstelle abzuliefern, können am 8. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, an der hiesigen Schule je 25 Pfund Widen oder Gerste oder je 40 Pfund Mühlenabfälle in Empfang nehmen. Der Preis für Gerste beträgt pro Zentner 16,40 M., für Widen 18,40 M. und für Mühlenabfälle 1,30 M. für 40 Pfund. Hachenburg, den 7. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Städtische Verkaufsstelle.

Donnerstag, 8. d. Mts., nachm. 2—4 Uhr Verkauf von Vöcklingen und Eiern. Hachenburg, den 6. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Am Donnerstag, den 8. März 1917 findet der Verkauf von Butter bei der Witwe Karl Lück statt und zwar von:

1—2 Uhr nachm. an Inh. d. Fettf. mit Nr.	1—100
2—3 „ „ „ „ „ „ „	101—200
3—4 „ „ „ „ „ „ „	201—300
4—5 „ „ „ „ „ „ „	301—400
5—6 „ „ „ „ „ „ „	401—Schluß.

Hachenburg, den 7. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Marientberg, den 24. Februar 1917.

Bekanntmachung.

Ausmahlen von Brotgetreide.

Das Direktorium der Reichsgetreidekasse hat mit Zustimmung des Kuratoriums und im Einvernehmen mit dem Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes auf Grund des § 14 h der Verordnung des Bundesrats über Brotgetreide und Mehl aus der Zente 1916 vom 20. Juni 1916 (R.-G.-Bl. 1916 S. 782 ff.) festgesetzt, daß sofort Roggen und Weizen mindestens bis zu 94 v. H. auszumahlen sind. Diese Festsetzung gilt für alles Brotgetreide, das die Reichsgetreidekasse oder ein selbstwirtschaftender Kommunalverband oder eine Gemeinde einer Mühle zum Ausmahlen überläßt. Sie gilt ferner für alles Brotgetreide, welches landwirtschaftliche Selbstversorger ausmahlen lassen. Im Verfolg dieser Festsetzung wird für den Umfang des Oberwesterwaldkreises folgendes angeordnet:

§ 1. Zur Herstellung von Mehl sind von heute ab Roggen und Weizen — auch von Selbstversorgern — zu 94 v. H. auszumahlen. Als Weizen gelten auch Speis (Dinkel, Fesen) sowie Emmer und Einkorn.

§ 2. Für die Herstellung von Brot aus Mehl, das nach § 1 zu 94 v. H. ausgemahlen ist, ist der Zusatz besonderer Streckungsmittel nicht mehr erforderlich.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden gemäß § 57 der eingangs genannten Bundesratsverordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Die Gendarmen und die Herren Bürgermeister — letztere auch mit dem Ersuchen um Bekanntgabe an die Müller — werden auf Vorstehendes hingewiesen.

Streckungsmittel werden künftig nicht mehr geliefert, dagegen wird, um zu verhindern, daß durch den Wegfall der Streckungsmittel die Brotkrume herabgesetzt werden muß, zu der gewöhnlichen Mehlmenge von 1400 Gramm pro Kopf und Woche eine Zusatzmenge von 10 Prozent geliefert, die ebenfalls 94prozentig ausgemahlen ist.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses. Hachenburg, den 5. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Schirmreparaturen

werden wieder prompt und billigst ausgeführt bei

Heinr. Orthen, Hachenburg.

Anordnung des Kommunalverbandes Oberwesterwald, betr. den Verkehr mit Auslandsbrotgetreide.

Auf Grund der §§ 12 ff. 17 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Prüfungsstellen und die Versorgungsanordnung vom 25. September und 4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 607, 728) in Verbindung mit den preussischen Ausführungsanweisungen dazu vom 6. Oktober und 10. November 1915 wird hierdurch für den Bezirk des Kommunalverbandes Oberwesterwald mit Zustimmung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Wiesbaden folgendes angeordnet:

Die vom Kommunalverband Oberwesterwald erlassene Anordnung vom 18. April 1916 betr. den Verkehr mit Auslandsbrot, veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 33 vom 25. April 1916 wird auch auf das Auslandsbrotgetreide hiermit ausgedehnt.

Marientberg, den 23. Februar 1917.

Der Kreisaußschuß des Oberwesterwaldkreises wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 5. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Marientberg, den 23. Februar 1917.

Betrifft Bezug von Saathaser.

Dem Kreise ist Saathaser, gute Qualität, preiswert offeriert worden und zwar:

Beseler erste Abfaat zu M. 426,— für 1000 Hilo, Vigow Saathaser zweite Abfaat zu M. 424,— für 1000 Hilo netto ab Lagerhaus Romberg. An Beigeld für Stellung der Sack sind pro Tag und Stück 1 Pfennig zu zahlen. Bestellung auf Saathaser bin ich bereit bis spätestens 1. folgenden Monats zur Vermittlung anzunehmen.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung

findet am Sonntag, 11. März, nachmittags 3 Uhr im Saale des Herrn Friedrich Schütz (früher Vöckling) mit nachfolgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Richterstimmung über die Bilanz der im Jahr 1916 eingegangenen Garantieobligationen.
3. a) Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Jahresrechnung und Bilanz.
b) Entlastung des Vorstandes.
4. Genehmigung der Bilanz.
5. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns.
6. Beschlußfassung über den Revisionsbericht.
7. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
8. Verschiedenes.

und laden wir zu dieser Versammlung unsere Mitglieder ein.

Bereinsbank Hachenburg

G. S. m. u. S.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl Pickel.

Kramer. Carl

Erzähler vom Westermwald

Hachenerberger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westermwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Sonntagsblatt.
Anschluß für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 57

Erscheint an allen Werktagen.
Preis pro Stück: 10 Pf. (Jahrespreis 30 Pf.)
monatlich 60 Pf. (Jahrespreis 600 Pf.)

Hachenburg Donnerstag den 8. März 1917.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsgespaltene Zeile oder deren
Raum 15 Pf., die Restzeile 40 Pf.

9. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

8. März. Englische Angriffe bei Vaucluse brechen aus. Die Russen werden bei einem nächtlichen Vorstoß auf deutsch-österreichische Gräben in den Südsaravatsch gestoppt.

Ein kleiner Staatsstreich.

Herr Wilson hat keinen Kriegswillen einzuweisen noch zu führen. Das Repräsentantenhaus hat ihm die beifolgende Vollmacht zwar als Ratgeber bewilligt, als der Präsident in entscheidendem Augenblick mit dem mexikanischen Völkchen herausbricht: der Senat war nicht so rasch über den Haufen zu werfen, und einigen entschlossenen Männern dieser Kammer gelang es, die Verhinderung so lange zu verzögern, bis das Mandat des Kongresses glücklich abgelehnt war. An ihrer Spitze stand der im ganzen Lande hochangesehene Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Herr Stone, der sich in früheren Stadien des deutsch-amerikanischen Streites schon wiederholt als ein Muster von Besonnenheit und Gewissenhaftigkeit bewährt hat. Er war es, den Herr Wilson an erster Stelle immer zurate zog, als er das Bedürfnis empfand, sich mit der Volksherrschaft über seine Haltung zu den europäischen Kriegsparteien ins Einvernehmen zu setzen, mit seiner Absicht lichte er sich zu decken, sobald es ein heißes Eisen anzufassen, an dem man sich schließlich doch vielleicht die Finger verbrennen könnte. Nun ist er nicht mehr der Berater, sondern der Gegner, gerade der Mann an der Spitze der Opposition zu sehen. Wir können ihm seinen Schmerz lebhaft nachfühlen, haben aber die unabweisbare Gewissheit, daß er schon Mittel und Wege gefunden wird, um zunächst einmal die Herren Stone und Wilson nach herabgesetzter angestrebter Art niederzubiegen, dann kommen wir an die Reihe.

Der Präsident ist auch schon auf dem besten Wege zu einem nächsten, dem innerpolitischen Ziel. Er wendet sich, indem das Mandat des alten Kongresses erloschen, mit der Erklärung an das amerikanische Volk, in der er mitteilt, daß er keine Vollmacht besitzt, um Handelsverträge zu schließen oder andere Schritte zu tun um der deutschen U-Bootfahrer zu begegnen, weil der Kongress ihn nicht ermächtigt habe. Eine außerordentliche Sitzung des Kongresses einzuberufen sei aber so zwecklos, als der Senat die jetzige Geschäftsordnung beibehalten, die einer kleinen Minderheit eine überwältigende Mehrheit im Schach zu halten. Deshalb regt der Präsident zunächst die Abänderung dieser Geschäftsordnung an und läßt zu diesem Zwecke den Senat zu einer besonderen Session wieder zusammentreten; sollen ihm dann die Mittel bewilligt werden, die nötig sind, um eine Katastrophe für das Land abzuwenden. Herr Wilson will also zunächst einmal einen kleinen Staatsstreich im eigenen Lande entfesseln, ehe er zu dem großen Kampf gegen die Mittelmächte vom Leber steht. Die Geschäftsordnung parlamentarischer Körperschaften ist nicht so geheiligtes Verbotnis wie die Verfassung, und auch sie ist dazu bestimmt, die Volksrechte zu wahren, gerade in demokratisch regierten Ländern, wo der Wechsel der Parteiverhältnisse zumeist auch neue Machtverhältnisse zur Folge hat, pflegt die einmal vereinbarte Geschäftsordnung aus guten Gründen als unantastbar respektiert zu werden. Und man sollte meinen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Fülle seiner Machtstellung, die in demokratischen Ländern, selbst Rußland mit eingeschlossen, ihresgleichen hat, nicht noch auf Kosten der Rechte der amerikanischen Volksherrschaft zu erweitern brauchte. Herr Wilson sieht nur ein Ziel, und wer ihn auf dem Wege dazu hindern will, muß fortgeräumt werden. Er verläßt er es mit einem kleinen Staatsstreich gegen den Senat zu tun. Eine nette Mittelsache für den Senat seiner neuen Amtsperiode. Ob freilich der Senat nach seiner neuen Periode tangen wird, ist noch durchaus zweifelhaft; einstweilen ist Zeit zum Nachdenken gewonnen, in der man vielleicht auch außerhalb des Kongresses seinen Gebrauch machen wird.

Ein Stoff dazu würde es nicht fehlen. Eben gibt die amerikanische Regierung ihre Antwort auf die neue Anfrage aus Washington bekannt, wie man an der Antwort über den ungenannten U-Boot-Krieg denke. Sie lautet nicht etwa in der Gegenfrage danach, was man im eigenen Hause zu den ständigen Erdbeben im Panama-Kanal oder zu dem Neuaufleben von Sonnenflecken oder zu den unheimlichen Hartnäckigkeit dieses Winters sage. Herr Graf Czernin, der neue k. u. k. Minister für auswärtige Angelegenheiten, erzählt Herrn Wilson zum heutigen Male, was er von Deutschland schon neunmal erfahren habe, daß die Mittelmächte zwei volle Jahre verzögert haben, ehe sie auf die sogenannte englische Forderung mit gleichen Gegenmaßnahmen erwiderten, daß

diese nicht gegen die Neutralen, sondern gegen die Vergewaltiger der Meeresfreiheit richteten, daß die Neutralen aber durch rechtzeitige Bekanntgabe der Seeperre hinreichend gewarnt seien. Wenn sie das nicht gelten lassen wollten, so würden sie ja das Recht in Anspruch nehmen, sich in die militärischen Operationen der Kriegführenden einzumischen und sich sogar zum Richter darüber auszusprechen, welche Kriegsmittel gegen den Feind in Anwendung gebracht werden dürften. Was wirklich not tut, sei Warnung und Belehrung der amerikanischen Staatsbürger durch ihre Regierung; und wenn diese daran denke, ihre Handelsverträge zu bewahren, so wird darauf nur erwidert, daß kein Staat die Pflichten der Menschlichkeit gegen die besessenen Verteidiger des Vaterlandes niedriger einschätzen könne als die Pflichten gegen die Angehörigen fremder Mächte. Im übrigen wird noch darauf hingewiesen, daß die Bedrohung amerikanischer Interessen in der Adria und im Mittelmeer, wo allein österreichisch-ungarische Landboote zu operieren berufen seien, wohl nicht allzu tragisch zu nehmen wäre. Und dann: Gott befohlen, Herr Wilson!

Wie gesagt, das alles wäre jetzt noch einmal zu überlegen, ehe man damit beginnt, dem Präsidenten zu Liebe die amerikanische Verfassung so ein bißchen umzukürzen. Sonst könnte aus dem „Freistaat“, der den Beruf in sich führt, die ganze Welt mit seinen Freiheiten zu beglücken, über kurz oder lang ein Staatsgebilde sich entwickeln, das allenfalls noch den Vergleich mit dem Lande des Saren, aufstellt. Wer aber würde dann noch für amerikanische Freiheit kämpfen?

Wilson verlangt freie Häde.

Der Präsident befragte in seiner Botchaft an das Land, daß die seiner Einmischungspolitik widerstehenden Senatsmitglieder durch keine Regeln gezwungen werden können, ihren Einspruch aufzugeben und die Verhandlungen zu beenden. Der Senat der Vereinigten Staaten sei weiter nichts als eine gesetzgebende Körperschaft, die nicht handeln könne, wenn auch ihre Mehrheit zum Handeln bereit sei: Eine kleine Gruppe willensstarker Männer, die einzig ihre eigene Meinung vertreten, hätten die große Regierung der Vereinigten Staaten hilflos und verächtlich gemacht. Deshalb müsse die bisherige Bestimmung, daß Einstimmigkeit durch die Führer des Senats herbeigeführt werden muß, geändert werden.

Ferner verlangt Wilson in einer weiteren Veröffentlichung Änderung des bisher geltenden Gesetzes von 1814. Dieses Gesetz regelte den Widerstand amerikanischer Handelschiffe gegen Kaperchiffe und Seeräuber. Das Gesetz schließt aber den Widerstand aus, wenn sie von „einem staatlichen bewaffneten Schiff einer Nation, die mit den Vereinigten Staaten in Freundschaft ist“ angegriffen werden. Tatsächlich ist aber Deutschland nicht im Krieg mit den Vereinigten Staaten und die Unterseeboote sind „bewaffnete dem Staat gehörende Schiffe“ Deutschlands. Auch dieses Hindernis will der Präsident beseitigt wissen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Im Hauptausschuß des Reichstages äußerte sich Staatssekretär Zimmermann über das Mexico-Verhältnis: Daß wir uns für den Fall des Ausbruchs des Krieges mit Amerika nach Bundesgenossen umgesehen hätten, sei eine natürliche und berechnete Vorfrage, über die man sich am allerwenigsten in Amerika aufregen dürfe. Er bedauere es auch nicht, daß durch die amerikanische Veröffentlichung die Instruktion auch in Japan bekannt geworden sei. Für die Beförderung der Instruktion sei der sicherste Weg gewählt worden, der zurzeit zur Verfügung gestanden habe. Wie die Amerikaner in den Besitz des Textes gekommen seien, der mit einer ganz geheimen Chiffre nach Washington gegangen sei, darüber fehlt uns noch alle Kenntnis.

Während die erste Duma-Sitzung verhältnismäßig ruhig verliefen war, kam es in der zweiten zu äußerst heftigen Angriffen gegen die Regierung. Der Redaktionsführer Miljukow sagte, hinter der Duma liege das ganze russische Volk, hinter der Regierung jedoch nur die bürokratische Elite, deshalb mißglücken alle Maßnahmen der Regierung. Die innere Lage Rußlands sei verheerender denn je zuvor. Die Duma wünsche mit der Regierung keinen Frieden zu schließen, sondern wolle den Widerstand der Regierung überwinden. Die Unfähigkeit der Regierung, die Lösung der Finanz- und Lebensmittelfragen zu übernehmen, sei erwiesen, das Volk selbst müsse diese Fragen lösen. Der Führer der Arbeitergruppe Wersinski warf der Regierung vor, daß sie das gesamte russische Wirtschaftsleben vernichtet habe. Einfallig sei es, von Eroberung Konstantinopels und der Veränderung der Karte von Europa zu sprechen, wenn die Regierung nicht einmal imstande sei, das eigene Land zu verteidigen. Weitere Worte zu vergeuden, sei jetzt keine Zeit mehr, man müsse mit Taten den Abschluß des blutigen Krieges vorbereiten.

Staatssekretär Dr. Helfrich sprach sich im Hauptausschuß des Reichstages gegen eine Teilung des Reichsausschusses des Innern aus, die auch jetzt wieder, wie so häufig schon, vorgeschlagen wurde. Die Nachteile überwiegen die Vorteile bedeutend, möge es sich nun um die Abtrennung eines Reichshandelsamts, eines Außenhandelsamts oder eines Reichswirtschaftsamts handeln. Auch der größte Arbeitsbetrieb könne einheitlich von einer Spitze geleitet werden, wenn Organisation und Personenbesetzung zweckentsprechend und ausreichend sei. Nach dem Kriege würden gewisse organisatorische Reformen und Verschiebungen im Reichsausschuß des Innern nötig sein; der Staatssekretär werde mehr als bisher von laufenden und kleineren Arbeiten entlastet werden müssen. Der Vorbereitung dieser inneren Reform diene die Anforderung des zweiten Unterstaatssekretärs.

Frankreich.

Mit der sozialistischen Internationale, die immer wieder von deutschen Sozialisten angefeindet wird, wird es anscheinend noch lange hupern. Der Nationalrat der französischen Sozialistenpartei erklärte sich gegen eine sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen. Die russische sozialistische Partei hatte diese in einem Schriftstück gefordert, das verteilte wurde. Aber wie sofort mitgeteilt wurde, würden sich die englischen Sozialisten weigern, an einer gemeinsamen Konferenz mit Genossen aus feindlichen Ländern teilzunehmen. Am Schluß der Sitzung kam es zu heftigen Kämpfen. Die Ordnung in der Debatte hörte mehr und mehr auf; dies benutzte eine große Anzahl junger Leute, die sich Einlaß in den Sitzungssaal erzwingen hatten, die Sitzung zu unterbrechen; Fensterstößen wurden eingeschlagen. Der Tumult war derart, daß die Delegierten den Saal verlassen mußten.

Rußland.

Die mit so großem Lärm angekündigte Verhandlungskonferenz in Petersburg ist beendet, ohne daß sie irgendwelche anderen Ergebnisse gezeitigt hätte, als die Beziehungen zwischen unseren Feinden merklich zu verschärfen. Ein antirussischer russischer Ausdruck muß zu ziemlich nichtsnutzigen Redensarten greifen, um ihr wenigstens einige Vorwürfe in den Abstrich zu bringen. Sie hätte nach Mitteln gesucht, um alle Kräfte der Verbündeten durch immer enger werdende Vereinigung ihrer Dispositionen aller Art auszunutzen, und würde es wirklich dazu beigetragen haben, auf allen Fronten durch Einschränkung des Feindes möglichst günstige Bedingungen für den Kampf vorzubereiten und die Stunde des Sieges schneller herbeizuführen. In eingeweichten Kreisen weiß man aber, daß man von einer Einheit im Verbands auch jetzt so fern ist wie nach den Konferenzen in Paris und Rom. Die Petersburger Zusammenkunft hat vielmehr die Kluft zwischen der russischen Regierung und dem englischen Zwangsverein nur vertieft helfen.

Schweden.

König Gustaf hat ein Rücktrittsgesuch des Kabinetts Hammarström abgelehnt und im Ministerrat seinen festen Willen zur Weiterführung der bisherigen unparteiischen Neutralitätspolitik Schwedens kundgegeben. Er sprach sein volles Vertrauen zu seinen gegenwärtigen Ministern aus, deren Präsident, der konservative Hammarström, den nach England und Frankreich neigenden Liberalen und Sozialisten unheimlich war. Die Regierung hatte 80 Millionen Kronen zum Schutz und Ausbau der schwedischen Neutralität gefordert, die Linken strich davon gegen eine nur 15 Millionen betragende Minderheit 20 Millionen. Sie hoffte, Hammarström zu stürzen und die Macht in die Hände des ihr genehmen Außenministers Wallenberg zu spielen. An dem festen Willen des Königs ist der Plan gescheitert, Hammarström bleibt. Aber auch auf der Linken bestimmt man sich, daß man ein gefährliches Spiel treibt, wenn man die Verteidigung und Sicherheit des Landes entblößt. Zahlreiche Austrittserklärungen aus der liberalen und sozialistischen Partei beweisen das. Man glaubt, daß ein Kompromiß geschlossen werden wird oder eine Reichsausschließung in Frage steht.

Hus In- und Ausland.

Königsberg, 6. März. Der preussische Ernährungsminister Unterstaatssekretär Michaelis trat hier ein um über die Ernährungsverhältnisse Ostpreußens Verhandlungen mit den zuständigen Behörden abzuhalten.

Madrid, 6. März. In politischen Kreisen verlautet, daß der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, ein Sandstreichen des Königs Alfons an Wilson mit sich führe.

London, 6. März. Im Februar, dem ersten Monat der freiwilligen Nationierung in der Fleischverteilung in London um 25,9 Prozent heruntergegangen.

Washington, 6. März. Der mexikanische Minister des Auswärtigen antwortete in Abrede, daß der mexikanische Regierung Vorschläge seitens Deutschlands zugegangen seien.

Wilson in der Zwickmühle.

Die zweideutige Haltung des Präsidenten Wilson, der nach der treffenden Charakterisierung eines Pariser Blattes in der einen Hand Rants Traktat vom ewigen Frieden

In der andern die würdevolle Granate schwingt, hat auch in Amerika starken Widerspruch hervorgerufen. Man fürchtet, daß er seine Absicht, an Seite Englands in den Kampf einzutreten, auch gegen den Willen des Kongresses als Diktator durchsetzen und vor einem kleinen Staatsstreich nicht zurückschrecken werde. Die Amerikaner sind eifersüchtige Wächter ihrer Verfassung und wollen daran nicht rütteln lassen, selbst solche die mit England sympathisieren. Das Herausgehen einer

Konstitutionellen Kriß

am amerikanischen Parlamentshimmel wird deshalb in englischen politischen Kreisen ernstlich in den Bereich der Möglichkeit gezogen. Wilson war der Meinung, den Kongress einmütig hinter sich zu haben, um den ersten Schritt zum Kriege mit der Bewaffnung der Handelschiffe zu tun, und betonte deshalb, er würde ohne ausdrückliche Ermächtigung von seiner ihm angeblich zustehenden präsidialen Nachvollkommenheit in dieser Richtung nicht Gebrauch machen. Die Entwicklung der Dinge im Senat hat ihm aber gezeigt, daß die Opposition in der Lage ist, sich nicht mundtot machen zu lassen und die Entscheidung zum wenigsten lange hinauszuschieben. Der Entwurf, den Wilson schon sicher in der Tasche zu haben glaubte, ist vorläufig gescheitert, und was der Präsident bei der Auseinandersetzung im Senat über seine Politik zu hören bekam, muß ihm recht unangenehm geklungen haben.

Värmjzenen im Senat.

Es wurde offen erklärt, daß die amerikanische Neutralität einseitig sei, daß Deutschland gar nicht anders handeln konnte, und daß auch England und Amerika gleichartig gehandelt hätten. Sehr geschadet hat dem Präsidenten die Erklärung des Senators Underwood, daß Zimmermanns Note an Mexiko keine unfreundlichen Absichten gegen Amerika fundiere und nur für den Kriegsfall bestimmt war. Die Anhänger Wilsons versuchten, dem Senator Lasollette, der gegen das Schiffsbewaffnungsgesetz sprach, das Sprechen unmöglich zu machen. Senator Stone, der die feindlichen Absichten des Präsidenten mit Fug und Recht bezweifelt, wurde am Betreten der Tribüne verhindert. Es kam sogar zu Tätlichkeiten. Aber die gefühllos vorgelebene Kritik verstrich und die Bill fiel in die Versenkung.

Juristische Bedenken gegen die Schiffsbewaffnung.

Nachträglich haben sich die Schwierigkeiten für Wilson noch dadurch erhöht, daß ein Gesetz von 1819 in Erinnerung gebracht worden ist, das ausdrücklich jeden Widerstand der amerikanischen Handelschiffe gegen Kriegsfahrzeuge von Staaten, mit denen Amerika nicht im Kriege lebt, verbietet. Das trifft natürlich auf deutsche U-Boote zu. Dieses Gesetz müßte also erst auf legislativem Wege aufgehoben werden. Selbst wenn der Kongress es aufheben würde, so könnten darüber Wochen vergehen. Das Repräsentantenhaus hat sich aber noch nicht konstituiert, und da beide Parteien sich ziemlich die Waage halten, werden die Kämpfe um den Vorstoß einige Zeit in Anspruch nehmen. Der Vorschlag Wilsons, daß der Senat seine Geschäftsordnung ändern soll, stößt auf Widerpruch, da man im Senat niemals einen Schluß der Debatte kannte.

Ein Generalsstreik Wilsons?

Wie die „United Press“ aus Washington meldet, hat Wilson infolge der Rundgebung der 83 Senatoren der Mehrheit sofort den Befehl zur Bewaffnung der Handelschiffe gegeben.

Wenn diese Meldung sich bewahrheiten sollte, so hätte Wilson die letzten konstitutionellen Bedenken über Bord geworfen und sich zur Rolle des uneingeschränkten Diktators bekannt. Ob das amerikanische Volk ihm willig auf solchem Wege folgen würde, steht nach dem Vorhergegangenen noch stark in Frage. Daß man in amerikanischen Regierungskreisen die Bewaffnung der Handelschiffe bereits als ein Faktum betrachte, geht allerdings aus einer Mitteilung des Senators Stone im Senat hervor. Danach

plante die amerikanische Marine die Ausrüstung der Handelschiffe mit leichten U-Bootjägern. Diese kleinen Boote sollen erst in der Sperrzone zu Wasser gelassen werden, die Handelschiffe umkreisen, nach feindlichen Fahrzeugen Ausschau halten und sie angreifen, wenn sie sich bilden.

Der Krieg.

Die Franzosen legten ihre Verträge, die ihnen abgenommenen Stellungen im Caurières-Walde wieder zu gewinnen, fort, wurden aber von neuem zurückgeschlagen. Zahlreiche Luftkämpfe bezogen wieder die Überlegenheit unserer Flieger.

15 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Großes Hauptquartier, 7. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Scarpe, beiderseits von Ancre und Somme, in der Champagne und auf dem Ostufer der Maas herrschte gestern rege Artillerietätigkeit; mehrfach kam es auch zu Gefechten von Aufklärungsabteilungen mit der Grabenbesatzung. Abends griffen die Franzosen an der Nordostfront von Verdun unsere neuen Stellungen am Caurières-Wald an; sie sind durch Feuer abgewiesen worden.

Mares Wetter begünstigte die Flieger in Erfüllung ihrer Aufgaben. In zahlreichen Luftkämpfen sind 15 feindliche Flugzeuge abgeschossen worden. Wir haben durch gegnerische Einwirkung 1 Flugzeug verloren.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer ist bei nachlassender Kälte in einzelnen Abschnitten das Feuer lebhafter geworden; die Tätigkeit der Infanterie blieb noch gering.

Macedonische Front. Zwischen Bardar und Dojran-See und in der Struma-Niederung schlagen unsere Vorkräfte englischer Kampagnen zurück.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wien, 7. März. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz wurden, wie der amtliche Meeresbericht meldet, mehrere feindliche Vorstöße abgewiesen.

Die Wirkungen der Seesperre.

Großer Rückgang der neutralen Schifffahrt.

Berlin, 7. März.

Wie sehr der uneingeschränkte U-Boot-Krieg auch die Verringerung der neutralen Schifffahrt verursacht, geht aus den Statistiken über Schifffahrtverkehr der neutralen Häfen hervor.

In der Woche vom 25. Februar bis 3. März 1917 liefen laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 4. März im Rotterdamer Hafen nur sieben Schiffe ein gegen 67 in der gleichen Woche des Vorjahres. Für 1914 war die Zahl noch 197 Schiffe. — Nach dem „Algemeen Handelsblad“ vom 4. März kamen in derselben Woche in Amsterdam nur fünf Schiffe an gegen 26 in 1916.

Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ aus dem Haag berichtet, schätzte man dort den im Februar von den U-Booten versenkten Schiffsräum auf mindestens 700.000 Tonnen. Aus dem Haag dröhelt die „Neue Zürcher Zeitung“: Nach einer Zusammenstellung einer bekannten Amsterdamer Reederei wurden vom 15. Januar bis 15. Februar 236 Schiffe versenkt.

Amsterdam, 7. März. In englischen Häfen lagen nach einer Aufstellung des Schifffahrtskontrollors am 21. Februar annähernd 1800 neutrale Schiffe. Ein großer Teil davon war von England gedockt.

Stockholm, 7. März. Das norwegische Auswärtige Amt teilt mit, daß die Barke „Norma“ aus Billand (772 Tonnen) am 1. März von einem deutschen Unterseeboot in der Nordsee versenkt worden sei. Ein Mann sei ertrunken, ein Mann leicht verwundet. Die Barke „Storenes“ aus Christianand 1908

Tonnen) sei ebenfalls von einem U-Boote außerhalb Norwegen versenkt worden. Die ganze Beladung sei in Linsen gelandet.

Christiansand, 7. März. Der Kapitän der norwegischen Segelbarke „Holtbe“, der zwei Überlebende des torpedierten Dampfers „Gurre“ von dem deutschen U-Boote-Schiffen übergeben worden waren, erzählte, daß der Dampfer ihn eindringlich vor den Gefahren des Sperrgebietes warnt habe, da viele deutsche Unterseeboote im Gebiet seien, und ihm erzählte, daß tags zuvor vier Dampfer versenkt worden seien. Die beiden englischen Damen, die mit „Gurre“ umkamen, hatten die Flotte durch die Gefährdung der britischen Konvulse gemacht.

Amsterdam, 7. März. Die Blätter melden, daß Dampfer „Copenhagen“ (2570 Brutto-Registertonnen) durch die Linie auf der Reise von London nach Rotterdam vermißt infolge eines Torpedoschlusses gesunken ist.

In Hamburg eingebracht.

Der mit einer Ladung Salpeter nach England stimmte Dampfer „Livingstone“ ist in der Nordsee eingebracht und wegen Beförderung von Bannware als norwegischer Dampfer von 1005 Raumtonnen.

„Möwe II“ im Indischen Ozean?

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß der versenkte gemeldete englische Dampfer „Vorschau“ ebenso wie der Dampfer „Vericus“ in der Nähe von Colombo in den Grund gebohrt wurde.

Dadurch stiegen die Versicherungssprämien für Fahrt nach Indien sehr erheblich. Das Blatt fragt, „Möwe II“ vielleicht dort tätig sei. — Die „Vorschau“ (7175 Raumtonnen) war vor einiger Zeit, „Vericus“ (6728 Raumtonnen) in den letzten Tagen als gesunken gemeldet worden.

Holland läßt bewaffnete Handelschiffe nicht zu.

Der in Hoek van Holland angekommene Handelsdampfer „Prinsep Melita“ durfte, da er bewaffnet war, nicht nach Amsterdam einlaufen. Das Schiff wurde sofort unter militärische Bewachung gestellt und eigentlich schon nach einer halben Stunde wieder in den Hafen gehen. Da Mangel an Wasser und Proviant vorlag, wurde ihm schließlich erlaubt, seine Vorräte zu gängen, dann mußte es wieder nach England zurückkehren.

Kleine Kriegsspost.

Berlin, 7. März. Die französische Funkpost meldet vom 6. März 1 Uhr vormittags, daß ein Teil der versenkten Stellungen im Caurières-Walde zurückerobert sei. In der Gräben wurden gegen alle Gegenangriffe gehalten und befinden sich ruhig in deutschem Besitz.

Genf, 7. März. Tuder und Kaberitz, die Kapitän des Dampfers „Orleans“ und „Rochester“, sind in Paris getroffen. Über die Seinfahrt der beiden Dampfer ist keine Bestimmung getroffen.

Saparanda, 7. März. In Tornea an der finnischen Grenze bereits seit länger Zeit 25.000 Waggons lasten, die wegen der in Rußland und Finnland herrschenden Verhältnisse nicht abgehoben werden können.

Paris, 7. März. Die Kammer hat eine Vorlage betreffend die Einstellung von Strafgefangenen in Einheiten der Kämpfer und ihre Verwendung zu Arbeitsarbeiten angenommen.

London, 7. März. Kontreadmiral Sir William Batten wurde zum 1. Kommandanten der englischen Kreuzerflotte ernannt.

Von freund und feind.

[Allerlei Droht- und Korrespondenz-Meldungen Griechenlands unerträgliche Folterung.]

Bern, 6. März.

In Frankreich ist man mit den bisherigen Verhältnissen Griechenlands noch nicht zufrieden. So fordert die Pariser „Journal des Debats“ schärfere Maßnahmen gegen Griechenland und besonders gegen König Konstantin. Vom Athener Korrespondenten des „Journal“ wird berichtet, daß die Blockade immer noch nicht aufzuheben ist. Viktor, handle nicht unüberlegt! — du wirst dein ganzes zukünftiges Leben! — du wirst die Mutter, die so treu für dich gekämpft, so lange um dich bangt hat, den Schmerz bereiten, dich in selbst anzuheilen untergehen sehen zu müssen!“ entgegnete samt eindringlich Frau von Uhlberg. Sie wußte, daß eine Einwirkung auf ihren Sohn in ihrem Sinne war, dieses nur im Wege liebevollsten Durchsetzens werden konnte — mit Gewalt, mit Strenge, in diesem Ton erreichte sie nichts, dazu konnte sie nicht zu gut.

Mama, sprechen wir jetzt nicht weiter davon, mußte Maria Liebenstein festerstellen, um aus der Überzeugung zu widerrufen, was du gesagt hast. Als herabgefallene Mutter, konntest du ja auch gar nicht anders. Mama, bedenke, daß ich mich in dem Alter befinde, ein junger Mann reiflicher Überlegung fähig ist, und du mich doch nie als einen blinden, unüberlegten Schwarm gefaselt hast, du hast niemals Ursache gehabt, mich so wenig zu scheitern, also glaube mir auch jetzt, was ich sage: ich werde nie leichtsinnig, nie unüberlegt handeln und auch nie das Ziel meines Lebens aus den Augen verlieren.

Die Baronin mußte sich fügen, wenn sie es auch schwerem, bekümmertem Herzen tat. — Als sie an demselben Abend mit Viktor eine große Gesellschaft besaß und man sie allgemein um diesen Sohn beneidete; als sie, wie die schönsten und reichsten jungen Damen der ersten Familien die glänzenden Augen auf dem diplomatischen ruhen ließen — da ließ sie sie schwerer kimmern, als sie daran dachte, daß das alles anders werden würde, sobald es in der Gesellschaft bekannt geworden wäre, daß Viktor im Begriffe stehe, seine Hände von Bürgerlichen zu reichen; daß diese — Mißheirat ihm und jener exklusiven Gesellschaft eine nicht zu fernende Schranke aufstellen werde.

Fortsetzung folgt

O U-Boot-Margarine. Die städtischen Behörden Dresdens teilen mit, daß die Margarine, die in der Zeit verteuert wird, zum Teil durch unsere Unternehmungen und dem Königreich Sachsen zur allgemeinen Verteilung überwiesen worden ist.

Die Erbsinnen von Reichenbach.

Roman von Leo Ruster.

45) Nachdruck verboten.

Frau von Uhlberg erblickte; die Dast. der Euer, der umige Ton, den Viktor in seine Entgegnung legte, ließen ihr angestrichenes, eifersüchtiges Mutterherz alles erraten.

Mary ist rein und schön wie ein Engel! fuhr Viktor begeistert, ohne die verkörperte Miene seiner Mutter zu bemerken, fort. Ich weiß, wie jene Ständelgeschichte zusammenhängt und wie sie entstanden ist: eine feine Angelegenheit, aber doch grobgezeichnete Intrige ward durch deren eigene Verwandte um die beiden schuldlosen jungen Mädchen gewonnen, deren Existenz jenen überhaupt unbekannt zu sein scheint, weil sie einer sogenannten Resalliance entstammen und auch noch andere — egoistisch-babüchtige Gründe vorhanden sind, welche das Ausstreuen der Zwillinge hier in Deutschland den Verwandten derselben unliebsam machen. Man möchte sie deshalb entfernen und, wenn tunlich, sozial ummöglich machen; doch keinen Verwandten haben jetzt Persönlichkeiten gegenüber, die sich ohne Eigenmut für Edda und Mary Liebenstein interessieren und an denen jene nichtswürdigen Intrigen abprallen werden!

Wo hast du denn diese Mary kennengelernt, Viktor? Du bist ja ganz entzückt, voller Enthusiasmus, so daß ich fürchte, sie ist noch weit gefährlicher für dich, als ihre Schwester. — Oh, ihr Männer! Ein schönes Vörschen kann euch so berücken, daß ihr alles darüber vergeht! — Ich hätte nie geglaubt, Viktor, daß auch du so leicht in eine derartige Falle gehen würdest!

Die Reihe des Erbsinnen war nun an Viktor; er sah die Erinnerung seiner Mutter, sah das Geheimnis seiner Liebe erraten und so war er denn entschlossen, auch für diese Liebe zu kämpfen.

Es war ein edler Mann, kein Abenteuerer, wie man dir erzählt, der Mary zur Flucht vor ihren eigenen Verwandten beifällig war, welche sie — um mich eines geübten Ausdrucks zu bedienen — schändlich behandelt hatten.

So hat sie selbst wohl dir erzählt? unterbrach spöttisch lächelnd die Baronin.

Unterbrich mich nicht, Mama! — Nein, sie hat es mir nicht erzählt, denn in ihrer Gegenwart hätte ich es nicht gewagt, auch nur ein Wort von der Geschichte, wie

ich sie durch dich kenne, zu erwähnen; ich fand sie in dem Hause eines angesehenen Holländers in Dresden, eines Rynheer Drake, eines Mannes, den jeder, welcher ihn näher kennt, hoch achtet und verehrt. Er hat Mary vor ihren Verwandten in Sicherheit gebracht und sie seiner braven alten Tante zugeführt. Du müßtest diese ehrfurchtgebietende Dame kennen, inwieweit sie, das Verhältnis zwischen ihr und ihrem Schützling zu beobachten — und du würdest selbst freiwillig und rückhaltlos erklären, daß es unmöglich ist, hier auch nur den Gedanken an einen Argwohn zu nähren. Kennst du Mary, wie ich sie kenne, ohne Ansicht über das junge Mädchen würde schnell eine andere sein, vorausgesetzt, daß du ihr ohne Voreingenommenheit gegenüberstehst.

Du liebst diese Mary, Viktor; was gedenkst du zu tun?

Mutter, wenn sie meine Liebe erwidert — was ich noch nicht weiß — so laß deinen Sohn glücklich werden mit diesem unvergleichlichen Mädchen; du wirst sie — dich bin ich sicher — lieben, wie sie es verdient und wir werden dich lieben und verehren als die beste der Mütter.

Vittend schaute Viktor in das Gesicht der Mutter, sichtlich umschlang er sie — liebte er sie doch so innig und herzlich, und ein Bewußtsein mit ihr würde ihn sehr glücklich gemacht haben. Die Baronin schien schlecht gewappnet gegen die Bitten ihres Sohnes; man sah, wie es in ihr stürzte und kämpfte. Sanft löste sie die Umschlingung seiner Arme und sagte ernst:

Viktor, ein armes Mädchen, ohne jegliche Familientradition, ohne einen wenigstens langvollen Namen zu heiraten — das wäre für dich ein Unfug, denn sie würde dir als deine Gattin überall ein Desertrat, stets dir im Wege sein; deine Karriere müßte darunter leiden und du würdest nie imstande sein, dich über die Mittelmäßigkeit hinaus zu erheben; ja, dein Ehrgeiz erhielte einen gewaltigen Schlag, er würde gebeugt und du selbst würdest unglücklich werden für dein ganzes Leben. Glaube deiner Mutter, welche es von allen am besten mit dir meint!

Ich kenne jetzt kein höheres Glück, Mutter, als den Befehl Marys mir zu erteilen. Meine Liebe zu ihr wird mir ein Sporn sein; ich werde trotz alledem eine gute Karriere machen und der glücklichste der Menschen werden!

Du sprichst genau so, mein Sohn, wie alle Verliebten

Dec. 6. Thurs.

Amsterdum. 6. Märs.

Wellbourne, 6. 11. 1874.

Abgeordnetenhaus.

Landwirtschaftliche.

um Vieh muß gewissen Deuten ausgetrieben und
um Menschen eingetrichtert werden.

Nach Neßau, 7. März. Im Regierungsbezirk Wiesbaden waren in der vergangenen Woche von der Maul- und Klauenseuche 6 troffen im Kreise Frankfurt a. M.: der erste Heim, Bornheim, Sachsenhausen; im Rheingau: Kreise: Niedrich, Weisenheim, Erbach, Elville; im Ober-Rhein: Bommersheim, Oberursel, Kilbadi, Friedrichs- dorf, Köppern, Neuenham, Niederhöchstdorf, Bad Hon- burg, Glashütten, Weiskirchen, Stierstadt; im Landkreis Wiesbaden: Diebich und Weidenbach.

O Petroleum als Salatzöl. Der Erdölforscher Dr. Graefe beschäftigt sich praktisch mit der Frage, ob sich Mineralöle zum Speisefoderlat eignen. Er machte in seinem eigenen Hausbaste Veruche mit Paraffinöl und Schmelzöldestillaten aus rumänischem Petroleum. Die Mineralöle wurden auf chemischem Wege so gereinigt, daß sie ihren typischen Geschmack und Geruch verloren; sie brachten dann beim Genuße weder unangenehme noch schädliche Wirkungen hervor. Ein Nährwert ist dem Mineralöl, das besonders als Salatzöl in Frage kommen dürfte, nicht eigen.

er. Berlin. 7. März.

Von unserem Berliner Berichtsheftredakteur.

Fr. Berlin, 7. März.

Was hat Schiffmann zu verblühen?

Su den 10 Jahren Zuchthaus, die Schiffmann jetzt auferlegt wurden, treten unter Umständen die 4 Jahre Gefängnis, die er im Sommer 1916 wegen Betruges erhielt. Gegen dieses Urteil schwebt allerdings noch die Revision. Wenn das letzte Geschworenengericht und das damalige Strafkammerurteil Rechtskraft erlangen, so müßten die beiden Strafen zusammengezogen werden. Die Gefängnisstrafe ist dann in Zuchthausstrafe umzurechnen. Aus den 48 Monaten Gefängnis, die von der Strafkammer verhängt worden sind, wären also 32 Monate Zuchthaus zu machen. Bei der Zusammenziehung der von der Strafkammer und vom Schwurgericht aufgesprochenen beiden Strafen müßte

dann eine weitere Ermäßigung eintreten. Immerhin aber würde von den vier Jahren Gefängnis doch noch soviel übrigbleiben, daß noch eine kleine Erhöhung der Gesamtstrafe herauskäme. Allerdings wären abzurechnen die 1 1/2 Jahre, die das Geschworenengericht dem Schiffmann, der auch sechsjährigen Ehrverlust zu tragen hat, auf die Unteruchungshaft anrechnete. Frau Ahrens profitierte mit ihrer Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis, von der fünf Monate Unteruchungshaft abgehen, von den ihr ausgebildeten mildernden Umständen.

Bedingungen der neuen Kriegsanleihe.

Die Einzahlungen.

Die neue Kriegsanleihe besteht wieder in 5%igen Schuldverschreibungen und liefert in 4 1/2 % igen mit 110% bis 120% auslosbaren Schatzanweisungen, wobei der Zeichnungspreis für beide Anleihearten auf 98% (Schuldbuchentragungen der 5%igen Reichsanleihe mit Sperre bis zum 15. April 1918 97,80 Mark) unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen festgelegt ist.

Obwohl der Zeichnungstermin die Zeit vom 15. März bis 16. April umfaßt, dürfen Voll- und Teilzahlungen die letzten in runden durch hundert teilbaren Beträgen des Nennwertes, bereits vom 31. März ab geleistet werden. Da der Zinslauf, und zwar beider Anleihearten, am 1. Juli 1917 beginnt, der erste Zinschein mithin am 2. Januar 1918 fällig wird, ist denen, die bereits am 31. März Zahlungen leisten, ein Vierteljahr Zinsen zu vergüten, das heißt, bei einer Vollzahlung von beiderseits 1000 Mark Anleihe

am 31. März empfangen die Zeichner der 5%igen Schuldverschreibungen eine Zinsvergütung von 1 1/2 %, gleich 12,50 Mark der Zeichner der 4 1/2 %igen Schatzanweisungen eine Vergütung von 1 1/4 %, gleich 11,25 Mark. Der Zeichnungspreis ermäßigt sich mithin im Falle der Vollzahlung am 31. März auf 96 1/2 % für die 5%igen Schuldverschreibungen, auf 96,55 % für Schuldverschreibungen der 5%igen Reichsanleihe und auf 96 1/4 % für die 4 1/2 %igen Schatzanweisungen. Erfolgt die Zahlung später, so werden entsprechend weniger Zinsen vergütet, alle 4. B. am 20. April für 70 Tage.

Der erste Rillzahlungstermin ist der 27. April. An diesem Tage müssen 30% des dem Zeichner zugewiesenen Betrages an Kriegsanleihe bezahlt werden. Am 24. Mai werden weitere 20%, und am 21. Juni und 18. Juli jeweils 25%, fällig. Die Rillzahlungstermine müssen von den Zeichnern inne gehalten werden, sofern die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt. Hat jemand z. B. 1000 Mark 5%ige Kriegsanleihe gezeichnet und ausgeteilt erhalten, so muß er 300 Mark Kriegsanleihe am 27. April bezahlen, wobei ihm die Stückzinsen für 68 Tage vergütet werden, so daß die Parzahlung 300 Mark à 98% = 294 Mark abzüglich 2,80 Mark Stückzinsen 291,20 Mark beträgt. Hat jemand 400 Mark Kriegsanleihe gezeichnet, so sind am 27. April, dem ersten Rillzahlungstermin, 100 Mark Kriegsanleihe zu bezahlen. Hat jemand 300 Mark Kriegsanleihe gezeichnet, so braucht er am 27. April noch gar nichts einzahlen, denn 30% von 300 Mark ergeben nicht den Mindestbetrag von 100 Mark. Die ersten 100 Mark sind vielmehr bei einer Zeichnung von 300 Mark erst am 24. Mai fällig, weitere 100 Mark wären am 21. Juni

zu bezahlen und die restlichen 100 Mark am 18. Juli einer Zeichnung von 300 Mark Kriegsanleihe sind zu zahlen. Am 24. Mai und am 18. Juli zu bezahlen. Bei einer Zeichnung von 100 Mark Kriegsanleihe wird die ganze Zahlung am 18. Juli fällig. In allen Fällen können, wie schon erwähnt, auch die Vollzahlung und Teilzahlungen werden, indes immer nur in runden durch 100 Mark teilbaren Beträgen des Nennwertes.

Besondere Bedingungen gelten für die Einzahlungen Zeichnungen, die bei den Postanstalten erfolgen. Nachstehend ist hier zu bemerken, daß die Postanstalten Zeichnungen auf die 5%ige Kriegsanleihe, nicht auf die Reichsschatzanweisungen entgegennehmen. Es ist hervorzuheben, daß auch bei den Postanstalten schon am 31. März die Vollzahlung vorgenommen werden kann, daß sie jedoch am 27. April geleistet werden muß (Teilzahlungen sind nicht zulässig). Für die Vollzahlung die am 31. März geleistet wird, werden 30% Zinsen gleich 1 1/4 % vergütet. Für die Vollzahlung, die am 27. April oder in der am 31. März und dem 27. April liegenden Zeit geleistet wird, werden zur Vereinfachung der Verhältnisse bei den Postanstalten gleichmäßig 68 Tage 1/4 % vergütet.

Alles nähere über die Einzahlungsbedingungen der Kriegsanleihe wird nach Erscheinen der amtlichen Bedingungen auf Verlangen aus dieser selbst zu erfahren und bei den Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu erfahren sein.

Für die Schlichtung und Angelegenheiten bestimmt:
Theodor Kirchhöbel in Hachenburg.

Wichtig für Hilfsdienstpflichtige.

Hilfsdienstpflichtige, d. h. sämtliche männliche Personen zwischen 17 und 60 Jahren, soweit sie nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen sind, haben sich im Falle freiwilliger Meldung an die Hilfsdienstmeldestelle des Kreisamtes nachweisend in Limburg a. d. L. zu wenden. Auch weibliche Personen, die eine Stelle suchen, um entweder eine Militärperson freizumachen oder in kriegswirtschaftlichen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft tätig zu werden, können ihre Meldung bei der genannten Stelle einreichen.

Reisefakten sind bei jeder Ortspolizeibehörde erhältlich.

Für eine freiwillige Meldung zum Vaterländischen Hilfsdienst kommen nicht in Betracht die Personen, deren gegenwärtige Beschäftigung als vaterländischer Hilfsdienst gilt, d. h. Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegswirtschaft, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegsführung oder der Volksernährung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der durch § 2 der Verordnung vom 21. August 1916 über die Regelung des Fleischverkehrs (R.-G.-Bl. S. 941) in Verbindung mit § 21 der preussischen Ausführungsverordnungen vom 8. September 1916 erteilten Ermächtigung wird angeordnet:

1. Die Bestimmung in VI § 15 Abs. 3 der preussischen Ausführungsverordnungen vom 8. September 1916 fällt weg.

2. Für die Verbrauchsregelung des bei der amtlichen Fleischschau als bedingt tauglich oder minderwertig befundenen Fleisches aus Schlachtvieh sind folgende Vorschriften:

a) Das Fleisch ist befandene Verwertungsanstalten nach den Bestimmungen von VI § 15 Abs. 2 der preussischen Ausführungsverordnungen vom 8. September 1916 zuzuführen und durch sie zu verwerten.

b) Die Verwertungsanstalten sind unter der Aufsicht der Provinzial-(Bezirks-)Fleischstellen oder durch die Geschäftsabteilungen der Provinzial-(Bezirks-)Fleischstellen (Viehhandelsverbände) einzurichten und zu betreiben.

c) Bedingt taugliches Fleisch darf nur nach Verbrauchsmenge (§ 39 der Ausführungsverordnungen A zum Gesetz, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900) in den Verkehr gebracht werden.

d) Sowohl das bedingt taugliche als das minderwertige Fleisch muß zu einem geringeren als dem Marktpreis für taugliches Fleisch abgegeben werden.

e) Wiederverkäufer sind von dem Erwerb des Fleisches auszuschließen. Als Wiederverkäufer gelten nicht die Massenverkaufsstellen und ähnliche Einrichtungen (z. B. Speiseanstalten von Werken), soweit die Einrichtungen nicht als Gewerbebetriebe im Sinne des § 11 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900, anzusehen sind.

3. Der Fleischpreis, mit welchem Gewichte das minderwertige und bedingt taugliche Fleisch auf die Fleischkarte anzurechnen ist, wird den Provinzial-(Bezirks-)Fleischstellen übertragen. Eine Festsetzung des Anrechnungsbetrages mit mehr als der doppelten Menge des vollständig Schlachtviehfleisches mit eingewachsenen Knochen bedarf der Genehmigung des Landesfleischamtes.

Eine Überschreitung der nach § 6 Abs. 1 der Verordnung vom 21. August 1916 vom Kriegsernährungsamt festgesetzten Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren, die auf Fleischkarte abgegeben werden darf, ist auch bei Hinzunahme von bedingt tauglichem und minderwertigem Fleisch nicht zulässig, jedoch ist hierbei das bedingt taugliche oder minderwertige Fleisch nur mit dem Gewicht zu berücksichtigen, mit dem es nach der vorstehenden Bestimmung anzurechnen ist.

4. Dem Selbstversorger ist Fleisch aus einer in seinem Betriebe notwendig gewordenen Schlachtung in Anrechnung auf die ihm nach den Grundsätzen über Hauschlachtungen zustehenden Fleischmengen auf Verlangen, — soweit die Gefahr des Verderbens dieser Fleischmengen nicht besteht, — zu belassen.

Wenn es sich um die Anrechnung von bedingt tauglichem oder minderwertigem Fleisch aus einer Schlachtung handelt, so ist stets nur 50 v. H. des Schlachtgewichts auf Fleischkarte zu verrechnen.

Eine Befreiung der Anrechnung unter 50 v. H. darf nur in Ausnahmefällen, in denen die Gefahr des Verderbens wahrscheinlich und eine andere Verwertungsmöglichkeit nicht gegeben ist, durch den Kommunalverband erfolgen.

Berlin, den 20. Januar 1917.

Rgl. Preuß. Landesfleischamt.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Marientberg, den 27. Februar 1917.

Bekanntmachung.

Die in überaus großer Zahl eingehenden Anträge auf Ausstellung von Saatkarten zum Bezug von Saatgetreide insbesondere von Weizen lassen die Vermutung aufkommen, daß das Saatgetreide nicht sämtlich zur Saat, sondern auch als Brotfrucht Verwendung finden soll. Ich mache daher nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das auf Grund der Saatkarten bezogene Saatgut auch tatsächlich zur Saat Verwendung finden muß, andernfalls sich die Verleiher des Saatguts strafbar machen. Ich werde die richtige Verwendung des Saatguts überwachen lassen und unnachlässig gegen diejenigen Personen, welche Saatgut zu anderen Zwecken als zur Saat verwendet haben, vorgehen. Weiter mache ich nochmals darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Landwirte, welche im Besitze einer von mir ausgestellten Saatkarte sind, Saatgetreide kaufen oder verkaufen dürfen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 6. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Nahrungsmittel erfrorener Kartoffeln.

Es herrscht in vielen, insbesondere Verbrauchern ist die Auffassung, daß erfrorene Kartoffeln für menschliche Ernährung ungeeignet seien; in vielen Haushaltungen werden erfrorene Kartoffeln einfach weggeworfen. Die Auffassung, daß erfrorene Kartoffeln nicht mehr genießbar gemacht werden können, ist irrig. Die erfrorenen Kartoffeln sind bis zum Verbrauch kalt zu lagern, damit sie unter keinen Umständen austauen. Sie werden vor dem Verbrauch 12 bis 20 Stunden (je nach dem Grad der Gefrierhärte) hindurch in kaltes Wasser gelegt, das zweckmäßigerweise erneuert werden kann. Sie dürfen dann nicht geschält, sondern müssen in der Schale gekocht werden. Durch diese Behandlung verlieren die Kartoffeln ihren süßlichen Geschmack und sind nichterfrorenen Kartoffeln durchaus gleichwertig.

Marientberg, den 22. Februar 1917.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

18. Armee-Korps. Stellvertretendes Generalkommando. Frankfurt a. M., 14. Februar 1917.

Verordnung.

Betr.: Verbot der Mitteilung militärischer Maßnahmen.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich für den mit unterstellten Bezirk: Es ist verboten, einem anderen Mitteilung zu machen, aus denen auf militärische Maßnahmen Schluß gezogen werden können, sowie Mitteilungen in geheimer Schreibung oder einer Geheimrede und Mitteilungen, die nur aus Eingekerkerten oder Jähnen oder nur aus Unterschrift bestehen.

Der Versuch ist strafbar. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Der stellvertretende Kommandierende General Riedel, Generalleutnant.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 6. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Zur bevorstehenden

Frühjahrs-Ausfaat

empfehlen:

Thomasmehl, Kainit, Kalisalz
Kalkstickstoff
und Ammoniak-Superphosphat.

Von letzterem stehen uns nur einige hundert Zentner zur Verfügung und geben wir hiervon nur kleinere Quantitäten in Verbindung mit anderen Düngemitteln ab.

Phil. Schneider G. m. b. H.
Hachenburg.

Höchstpreise für Bier

sind jetzt in Kraft getreten. Einfachbier und dunkles, oberegäres Elfbier, welches schon vor dem Kriege nur wenige Prozent Stammwürze hatte, außer Betracht gelassen, ist die gestrige Vorschrift für untergäres Bier 6% Stammwürze. Anderwärts wurde dieses Kriegsbier schon lange Zeit geliefert.

Die verehrl. Konsumenten müssen nun auch in den von mir belieferten Lokalen demnächst mit einem nur dem Gesetz entsprechenden Bier vorliebnehmen, da das seitherige bedeutend kräftigere Bier, zu dem vorgeschriebenen Preise nun nicht mehr geliefert werden kann. Meine Bierpreise entsprachen genau der Bierqualität und den teuren Malzpreisen. Denn das Bier, welches ich seither außer dem allgemein üblichen Lieferungsquantum abgeben konnte, entstammte Ueberschußmalz, welches ich in reichlichen Mengen aber zu äußerst hohen Preisen, in der Zeit, wo der Kauf desselben noch gestattet war, eingekauft hatte. Ueberschußmalz bezw. das Bier hieraus ist jedoch fast überall längst vergriffen, daher im Höchstpreisgesetz außer Betracht gelassen.

Hachenburg, den 8. März 1917.

Westenwald-Brauerei H. Schneider.

Soldatenheime,

ihre Einrichtung und Bedeutung.

Vortrag des Herrn Sekretär Bergmann vom
deutschen Junglingsbund u. G. V. Hachenburg

am Samstag, den 10. März

abends 8 1/2 Uhr

im Saal des Gasthofs zur Krone, Hachenburg

Vorführung prächtiger Lichtbilder

Eintritt frei.

Um zahlreichen Besuch der Angehörigen jeder
Bekanntnisse wird freundlich ersucht.

Bringe hiermit mein

großes Lager in Möbeln

Betten und vollständigen Ausstattung

— Korbwaren —

Kinder-, Sport- und Weiterwaren

Treppenleitern, Nähmaschinen

in empfehlende Erinnerung.

Karl Baldus, Hachenburg

Butter- und Marmeladedosen D. R. G.

innen pergamentiert — Ersatz für Weißblech
in verschiedenen Größen mit pass. Feldpostschloß

alle Sorten Feldpostschachteln

für Wiederverkäufer besonders günstig, empf.
Geschäftsstelle des „Erzähler vom Westerwald“

Hachenburg, Wilhelmstraße.

Haarbürsten und Haarbämme
empfiehlt K. Dabach, Hachenburg

Wohnung

2 Zimmer und Küche

Zubehör per 1. April

später zu vermieten

Fr. Wilh. G.

Hachenburg, Joh. A.

Suche zum 15. März

empfohl.

Köchin u. 1 Hausm.

das servieren und räumen

Angebote mit Gehalts

und Zeugnissen an

Frau Dr. med. Paul

Frankfurt a. M., Rotten

Schöne Fahr

in diesem Monat das

Mal fahrend, zu

Wilhelm

Obermündelbach, Post

Sägemühl

in waldbreicher Gegend, nahe

Station

zu kaufen

zu mieten ge

Wasser- oder Dampf